

Wovon wir künftig leben

Es war nur ein Satz des Pflegeberaters. Die Kinder von Pflegebedürftigen würden künftig wieder stärker herangezogen, erklärte er uns. Die Grenze von 100.000 Euro werde fallen. Wie genau, das blieb undeutlich. Aber der Satz war da.

Und mit ihm ein Erschrecken.

Nicht einmal zuerst um uns selbst. Sondern weil plötzlich eine Dimension sichtbar wurde, die vorher eher im Hintergrund gelegen hatte. Ich dachte an Menschen um mich herum, die gerade versuchen, sich im Alter ein wenig Abstand zur Bedürftigkeit zu bewahren. Keinen Luxus. Keine großen Vermögen. Nur eine Reserve.

Eine Reserve bedeutet, dass eine kaputte Waschmaschine nicht gleich zur Katastrophe wird. Dass man einem Kind oder Enkel noch etwas geben kann. Dass eine unerwartete Rechnung nicht sofort alle anderen Pläne zerstört. Vielleicht auch, dass man hin und wieder verreisen kann. Vor allem aber bedeutet sie: Ich kann noch selbst entscheiden.

Eine Rentnerin sagte vor einiger Zeit zu mir: „Raimund, du hast studiert. Du kannst mit Behördenbriefen umgehen. Viele können das nicht. Die trauen sich schon gar nicht erst, irgendwelche Hilfen zu beantragen.“

Auch das ist eine Reserve: einen Brief verstehen, einen Antrag stellen, einen Bescheid prüfen, einen Widerspruch formulieren können. Oder wenigstens jemanden kennen, der dabei hilft.

Und ich stellte mir die alten Eltern vor, die irgendwann sagen: Ich gehe nicht ins Heim. Das kann ich meinen Kindern nicht antun. Oder: Wir beantragen die Hilfe nicht. Die holen sich das ja doch bei euch zurück.

Wie schnell aus Sozialpolitik Schuld werden kann.

Das Bild, das mir zunächst dazu einfiel, war die demografische Walze. Sie rollt auf uns zu. Immer mehr alte Menschen, immer mehr Pflegebedürftige, immer weniger Erwerbstätige, die Beiträge zahlen. Eine Walze ist unaufhaltsam. Man kann erschrecken, man kann warnen, man kann vielleicht noch zur Seite springen. Aber eigentlich kann man nur hoffen, dass sie einen nicht überrollt.

Doch das Bild stimmt nur zur Hälfte.

Die demografische Entwicklung können wir tatsächlich nicht einfach wegentscheiden. Die geburtenstarken Jahrgänge werden alt. Menschen leben länger. Pflege wird mehr Geld und mehr Arbeitskraft brauchen.

Aber woher dieses Geld und diese Arbeitskraft kommen sollen, ist kein Naturgesetz.

Dafür gefällt mir ein anderes Bild besser: der demografische Tagebau.

Ich kenne den Tagebau aus dem Rheinland. Dort ist er vieles gleichzeitig. Arbeitsplatz und Landschaftszerstörung. Wohlstandsgeschichte und Protestgeschichte. Energieversorgung und Naturschutzproblem. Ganze Dörfer verschwanden. Wälder wurden verteidigt. Menschen ketteten sich an Bäume. Andere fuhren jahrzehntelang morgens zur Schicht in den Tagebau und ernährten mit dieser Arbeit ihre Familien.

Und heute entstehen an manchen Stellen Seen, Aussichtspunkte und Radwege. Ausgerechnet der Tagebau wird zum Naherholungsgebiet.

Der Tagebau lehrt etwas Merkwürdiges: Auch dort, wo uns zunächst ein beinahe naturgesetzlicher Zwang begegnet – wir brauchen diese Kohle, wir brauchen diese Energie, wir brauchen diese Arbeitsplätze –, können Menschen irgendwann fragen: Müssen wir wirklich genau hier graben? Müssen wir so tief graben? Was darf verschwinden? Und was soll an seine Stelle treten?

Bei Lützerath ging es am Ende eben nicht nur um ein Dorf.

Es ging darum, wie wir künftig Energie erzeugen wollen.

Vielleicht sollten wir deshalb auch bei der demografischen Entwicklung nicht nur fragen, wer wie viel bezahlen muss.

Vielleicht geht es um etwas Größeres.

Wovon soll unsere Solidarität künftig leben?

Über Jahrzehnte war die Antwort vergleichsweise einfach. Unsere Wirtschaft wächst. Die Einkommen wachsen. Die Steuereinnahmen wachsen. Die Beiträge zu den Sozialversicherungen wachsen. Wir können mehr verteilen, ohne immer zuerst entscheiden zu müssen, wem wir dafür etwas wegnehmen.

Wachstum hat unsere Solidarität finanziert.

Dieses Versprechen flackert inzwischen.

Das heißt nicht, dass morgen alles schrumpft. Aber vielleicht sollten wir darüber nachdenken, ob Wirtschaftswachstum im klassischen Sinn auf Dauer genügt, um eine Gesellschaft zusammenzuhalten.

Denn wenn der Zuwachs kleiner wird, verändern sich die Fragen.

Dann wird plötzlich sichtbar, wo wir graben.

Bei den Rentnern?

Bei ihren Kindern?

Bei den Erwerbstätigen?

Bei den Pflegeleistungen?

Bei den Kommunen?

Bei anderen staatlichen Aufgaben?

Bei Vermögen und Erbschaften?

Bei der unbezahlten Arbeit von Angehörigen?

Ein Tagebau macht die Landschaft kenntlich, die wir abzutragen bereit sind.

Und damit wird auch die kleine Reserve politisch.

Denn von außen sieht sie vielleicht einfach wie verfügbares Geld aus. Ein paar hundert Euro im Monat. Ein abbezahltes Haus. Ein Sparbuch. Etwas, das oberhalb irgendeiner rechnerischen Grenze liegt.

Aber wenn man näher hinsieht, liegt dort vielleicht etwas anderes.

Die Möglichkeit, selbst zu entscheiden.

Nicht jeden Schritt begründen zu müssen.

Den Kindern helfen zu können, statt ihnen zur Last zu fallen.

Eine Handwerkerrechnung bezahlen zu können.

Einmal Nein sagen zu können.

Oder Ja.

Vielleicht müssen wir deshalb lernen, wirtschaftliche Reserven nicht nur als ungenutzte Ressourcen anzusehen. Vielleicht sind sie Teil unserer Würde.

Das wäre ein ziemlich großer Wechsel der Perspektive.

Von einer wachstumsfinanzierten Solidarität zu einer Solidarität, die darauf achtet, dass Menschen einander genügend Handlungsspielraum lassen.

Eine Art würdeorientierter Reservewirtschaft.

Noch weiß ich nicht genau, wie sie aussehen könnte.

Vielleicht brauchen wir dafür neue Regeln. Vielleicht neue Steuern. Vielleicht andere Sozialversicherungen. Vielleicht neue Formen gemeinschaftlicher Verantwortung. Wahrscheinlich auch neue Erzählungen darüber, was Wohlstand überhaupt bedeutet.

So wie eine Landschaft nach dem Tagebau nicht einfach wieder die alte Landschaft wird.

Sie muss neu wachsen.

Und vielleicht ist genau das die Frage, vor der wir stehen:

Welche Landschaft wollen wir eigentlich hinterlassen, wenn der demografische Tagebau eines Tages weitergezogen ist?